

Synopse

**Änderung Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG), Überprüfung Justizorganisation (2019)**

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	<b>Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG)</b>
	<b>I.</b>
	Der Erlass RB <a href="#">271.1</a> (Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege [ZSRG] vom 17. Juni 2009) (Stand 1. Juni 2016) wird wie folgt geändert:
<p><b>§ 2</b> Aufsicht</p> <p><sup>1</sup> Das zuständige Departement führt die allgemeine Verwaltungsaufsicht über die in diesem Gesetz genannten Behörden mit Ausnahme der Schlichtungsbehörden in Mietsachen.</p> <p><sup>2</sup> Das Konkursamt und Betreibungsinspektorat beaufsichtigt für das Departement die Betreibungsämter in administrativen Angelegenheiten.</p> <p><sup>3</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft beaufsichtigt die Staatsanwaltschaften und die Jugendanwaltschaft.</p> <p><sup>4</sup> Das Obergericht beaufsichtigt die Zivil- und Strafrechtspflege der Gerichte und Schlichtungsbehörden. Es erlässt die notwendigen Ausführungsvorschriften.</p> <p><sup>5</sup> Der Grosse Rat übt die Oberaufsicht über die gesamte Zivil- und Strafrechtspflege aus. Regierungsrat und Obergericht erstatten ihm jährlich Bericht.</p>	<p><sup>2</sup> Das <del>Konkursamt</del> <u>Amt für Betreibungs- und Betreibungsinspektorat</u> <del>Konkurswesen</del> beaufsichtigt für das Departement die <del>Betreibungsämter</del> <u>Betreibungs- und Friedensrichterämter</u> in administrativen <u>und personellen</u> Angelegenheiten.</p>
<p><b>§ 4</b> Nebenbeschäftigung</p> <p><sup>1</sup> Die Nebenbeschäftigung von Berufsrichterinnen und Berufsrichtern bedarf einer Bewilligung des Obergerichtes, wenn damit ein wesentlicher Nebenerwerb erzielt wird. Nebenbeschäftigungen dürfen die Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigen und keine Interessenkollision zur Folge haben.</p>	<p><sup>1</sup> Die Nebenbeschäftigung von Berufsrichterinnen und Berufsrichtern bedarf einer Bewilligung des Obergerichtes, wenn damit ein wesentlicher Nebenerwerb erzielt wird. Nebenbeschäftigungen dürfen die Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigen- <del>und keine Interessenkollision zur Folge haben.</del></p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	<p><b>§ 4a</b> Richterliche Unabhängigkeit</p> <p><sup>1</sup> Nebenamtliche Tätigkeiten und Nebenbeschäftigungen von Richterinnen und Richtern dürfen die richterliche Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen.</p>
<p><b>§ 9</b> Abschreibungsentscheide</p> <p><sup>1</sup> Ist für die Beurteilung ein Kollegialgericht zuständig, trifft die oder der Vorsitzende den prozesserledigenden Entscheid bei Rückzug oder Anerkennung der Klage, Vergleich der Parteien und Gegenstandslosigkeit des Verfahrens sowie bei Rückzug eines Rechtsmittels oder einer Einsprache.</p>	<p><del><sup>1</sup> Ist für die Beurteilung ein Kollegialgericht zuständig, trifft die oder der Vorsitzende den prozesserledigenden Entscheid bei Rückzug oder Anerkennung der Klage, Vergleich der Parteien und Gegenstandslosigkeit des Verfahrens sowie bei Rückzug eines Rechtsmittels oder einer Einsprache für</del> <u>Entscheide zuständig, mit denen das Verfahren erledigt wird zufolge</u></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Rückzug der Klage</li><li>2. Anerkennung der Klage</li><li>3. Vergleich</li><li>4. Gegenstandslosigkeit</li><li>5. Rückzug des Rechtsmittels oder einer Einsprache</li><li>6. Versäumung einer Frist zur Leistung eines Kostenvorschusses oder einer Sicherheit</li><li>7. Versäumung der Rechtsmittelfrist.</li></ol>
<p><b>§ 17</b> Schlichtungsbehörde in Mietsachen</p> <p><sup>1</sup> Die Politischen Gemeinden bezeichnen eine Schlichtungsbehörde im Sinne von Artikel 274a des Obligationenrechts (OR)<sup>1)</sup> und tragen deren Kosten. Mehrere Gemeinden innerhalb des Bezirks können sich zur Führung einer gemeinsamen Schlichtungsbehörde zusammenschliessen.</p>	<p><b>§ 17</b> Schlichtungsbehörde in Mietsachen<u>Miet- und Pachtsachen</u></p> <p><sup>1</sup> Die Politischen Gemeinden bezeichnen eine Schlichtungsbehörde im Sinne <u>von Artikel 274a des Obligationenrechts (OR) Artikel 200 Absatz 1 ZPO</u> und tragen deren Kosten. Mehrere Gemeinden innerhalb des Bezirks können sich zur Führung einer gemeinsamen Schlichtungsbehörde zusammenschliessen.</p>

<sup>1)</sup> SR [220](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>2</sup> Die Schlichtungsbehörde besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, zwei weiteren Mitgliedern, zwei Ersatzmitgliedern und einer Aktuarin oder einem Aktuar, wobei auf eine paritätische Vertretung im Sinne der ZPO zu achten ist.</p> <p><sup>3</sup> Die Schlichtungsbehörde steht unter der Aufsicht der Bezirksgerichtspräsidentin oder des Bezirksgerichtspräsidenten und der Oberaufsicht des Obergerichtes.</p> <p><sup>4</sup> Das Obergericht regelt Organisation und Verfahren durch Verordnung. Der Regierungsrat bezeichnet das für die Formulargenehmigung im Sinne von Artikel 266l Absatz 2 und 269d Absatz 1 OR zuständige Departement.</p>	<p><sup>4</sup> Das Obergericht regelt Organisation und Verfahren durch Verordnung. Der Regierungsrat bezeichnet das für die Formulargenehmigung im Sinne von Artikel 266l Absatz 2-, 269d Absatz 1 und 269d Absatz 1 OR <u>298 Absatz 2 des Obligationenrechts (OR)</u><sup>1)</sup> zuständige Departement.</p>
<p><b>§ 20</b> Einzelrichterin oder Einzelrichter</p> <p><sup>1</sup> Die Berufsrichterinnen oder Berufsrichter sind Einzelrichterinnen oder Einzelrichter nach Massgabe der ZPO.</p> <p><sup>2</sup> In Zivilsachen beurteilen die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter alle nach der ZPO im vereinfachten Verfahren zu erledigenden Streitigkeiten und sämtliche Mietrechtsstreitigkeiten. Sie urteilen bei Ehescheidungen, Ehetrennungen und Auflösungen eingetragener Partnerschaften auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung. Die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter wirken als Summarrichter und als Vollstreckungsrichter, entscheiden über vorsorgliche Massnahmen, leisten Rechtshilfe in Zivilsachen und beurteilen Aufsichtsbeschwerden gegen Friedensrichterinnen oder Friedensrichter und Schlichtungsbehörden im Miet- und Pachtrecht.</p>	<p><sup>2</sup> In Zivilsachen beurteilen die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter alle nach der ZPO im vereinfachten Verfahren zu erledigenden Streitigkeiten <del>und sämtliche Mietrechtsstreitigkeiten.</del> Sie urteilen bei Ehescheidungen, Ehetrennungen <del>und</del> Auflösungen eingetragener Partnerschaften, <u>Änderungen und Ergänzungen von Scheidungsurteilen sowie bei Ungültigkeitserklärungen von Ehen und eingetragenen Partnerschaften auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung.</u> <del>Die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter wirken als Summarrichter und als Vollstreckungsrichter, entscheiden über vorsorgliche Massnahmen, leisten Rechtshilfe in Zivilsachen und beurteilen Aufsichtsbeschwerden gegen Friedensrichterinnen oder Friedensrichter und Schlichtungsbehörden im Miet- und Pachtrecht.</del></p> <p><sup>3</sup> Die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter wirken als Summarrichter und als Vollstreckungsrichter, entscheiden über vorsorgliche Massnahmen, leisten Rechtshilfe in Zivilsachen und beurteilen Aufsichtsbeschwerden gegen Friedensrichterinnen oder Friedensrichter und Schlichtungsbehörden im Miet- und Pachtrecht.</p>

<sup>1)</sup> SR [220](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	<p><sup>4</sup> Wo die kantonale Gesetzgebung in Angelegenheiten des ZGB und des OR die zuständige Behörde nicht bezeichnet, sind die Einzelrichterinnen und Einzelrichter zuständig.</p> <p><sup>5</sup> Sie sind Vollstreckungsgericht gemäss dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen, LugÜ)<sup>2)</sup> und vollziehen die ihnen vom Obergerichtspräsidium überwiesenen Rechtshilfesachen.</p>
<p><b>§ 22</b> Ersatzgericht</p> <p><sup>1</sup> Muss die Gesamtheit oder müssen so viele Mitglieder eines Bezirksgerichtes den Ausstand wahren, dass eine genügende Besetzung auch unter Zuzug der Ersatzmitglieder nicht möglich ist, bezeichnet das Obergericht eine unbeteiligte Gerichtsbehörde als Ersatzgericht.</p>	<p><b>§ 22</b> Ersatzgericht <u>Ersatzlösungen</u></p> <p><sup>1</sup> Muss die Gesamtheit oder müssen so viele Mitglieder eines Bezirksgerichtes den Ausstand wahren, dass eine genügende Besetzung auch unter Zuzug der Ersatzmitglieder nicht möglich ist, bezeichnet das Obergericht <u>eine unbeteiligte Gerichtsbehörde</u> <u>ein anderes Bezirksgericht</u> als Ersatzgericht.</p> <p><sup>2</sup> Ist bei einem Bezirksgericht ein ordentlicher Betrieb wegen der längerer Abwesenheit von Berufsrichterinnen oder Berufsrichtern infolge Schwangerschaft und Mutterschaft, Krankheit oder Unfall oder wegen Überbelastung mit ausserordentlich aufwendigen Verfahren nicht mehr gewährleistet, kann das Obergericht:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Pensen der Mitglieder und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Bezirksgerichtes erhöhen und die befristete Anstellung ausserordentlicher Gerichtsschreiberinnen oder Gerichtsschreiber bewilligen,</li> <li>2. für einzelne Fälle ein anderes Bezirksgericht als Ersatzgericht bezeichnen,</li> <li>3. eine Berufsrichterin oder einen Berufsrichter eines anderen Bezirksgerichtes oder eine erfahrene Gerichtsschreiberin oder einen erfahrenen Gerichtsschreiber als ausserordentliches Ersatzmitglied des Gerichtes bezeichnen. Die richterlichen Funktionen dieses Ersatzmitgliedes sind längstens auf ein Jahr zu befristen.</li> </ol>
<p><b>§ 25</b> Zusammensetzung, Organisation</p>	<p><b>§ 25</b> Zusammensetzung, Organisation <u>Ersatzgericht</u></p>

<sup>2)</sup> SR [0.275.12](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>1</sup> Das Obergericht besteht aus einer Berufsrichterin als Präsidentin oder einem Berufsrichter als Präsident, einer Berufsrichterin als Vizepräsidentin oder einem Berufsrichter als Vizepräsident und drei bis vier Berufsrichterinnen oder Berufsrichtern sowie drei bis vier Ersatzmitgliedern.</p> <p><sup>2</sup> Müssen so viele Mitglieder oder Ersatzmitglieder den Ausstand wahren, dass eine genügende Besetzung des Gerichtes nicht mehr möglich ist, werden unbeeilte Präsidentinnen oder Präsidenten oder Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten der Bezirksgerichte zugezogen.</p> <p><sup>3</sup> Das Obergericht regelt in einer Geschäftsordnung die Aufgabenverteilung und die interne Organisation.</p>	<p><sup>1</sup> Das Obergericht besteht aus einer Berufsrichterin als Präsidentin oder einem Berufsrichter als Präsident, einer Berufsrichterin als Vizepräsidentin oder einem Berufsrichter als Vizepräsident und <del>drei</del><u>vier</u> bis <del>vier</del><u>sechs</u> Berufsrichterinnen oder Berufsrichtern sowie <del>drei</del><u>vier</u> bis <del>vier</del><u>sechs</u> Ersatzmitgliedern.</p> <p><sup>1bis</sup> Der Grosse Rat wählt die Obergerichtspräsidentin oder den Obergerichtspräsidenten aus der Mitte der Obergerichtspräsidentinnen und Obergerichtspräsidenten für längstens zwei Amtsperioden. Erfolgt die Wahl während der laufenden Amtsperiode, sind zwei Wiederwahlen zulässig. Eine bisherige Präsidentin oder ein bisheriger Präsident ist nach einem Unterbruch wieder wählbar.</p> <p><sup>2</sup> Müssen so viele Mitglieder oder Ersatzmitglieder den Ausstand wahren, dass eine genügende Besetzung des Gerichtes nicht mehr möglich ist, werden unbeeilte <del>Präsidentinnen</del><u>Berufsrichterinnen</u> oder <del>Präsidenten</del><u>Berufsrichter</u> oder <del>Vizepräsidentinnen</del><u>Berufsrichter</u> der Bezirksgerichte zugezogen.</p>
<p><b>§ 26</b> Zuständigkeit</p> <p><sup>1</sup> Das Obergericht ist Berufungs-, Beschwerde- und Revisionsinstanz gemäss der Zivil- und der Strafprozessordnung sowie Berufungs- und Beschwerdeinstanz gemäss der Jugendstrafprozessordnung. Es behandelt Aufsichtsbeschwerden gegen die Bezirksgerichte und deren Einzelrichterinnen oder Einzelrichter, gegen das Zwangsmassnahmengericht sowie gegen die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz. Es ist zuständiges Gericht gemäss Artikel 356 Absatz 1 ZPO.</p> <p><sup>2</sup> Das Obergericht tagt in Dreierbesetzung. Es kann in Strafsachen durch Verordnung als Beschwerdeinstanz eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter einsetzen.</p>	<p><sup>1</sup> Das Obergericht ist <del>Berufungs-, Beschwerde- und Revisionsinstanz</del><u>Beschwerdeinstanz</u> gemäss der Zivil- und der Strafprozessordnung, <del>Revisionsinstanz</del><u>Beschwerdeinstanz</u> gemäss der Jugendstrafprozessordnung sowie Berufungs- und Beschwerdeinstanz gemäss der Jugendstrafprozessordnung. Es behandelt Aufsichtsbeschwerden gegen die Bezirksgerichte und deren Einzelrichterinnen oder Einzelrichter, gegen das Zwangsmassnahmengericht sowie gegen die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz. Es ist zuständiges Gericht gemäss Artikel 356 Absatz 1 ZPO.</p> <p><sup>2</sup> Das Obergericht tagt in Dreierbesetzung. Es kann in Strafsachen <u>sowie für summarische Verfahren in Zivilsachen</u> durch Verordnung als Beschwerdeinstanz eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter einsetzen.</p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>3</sup> Das Obergericht behandelt die Verfahren, in denen das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorschreibt. In diesen Fällen erlässt das Obergerichtspräsidium vorsorgliche Massnahmen und urteilt als Einzelrichterin oder Einzelrichter in Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von Fr. 30 000.–.</p> <p><sup>4</sup> Das Obergerichtspräsidium entscheidet in den Fällen von Artikel 356 Absatz 2 ZPO.</p>	<p><sup>3bis</sup> Das Obergericht ist Zentralbehörde für die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen. Zuständig ist das Obergerichtspräsidium.</p> <p><sup>5</sup> Rechtsbehelfe im Sinne des LugÜ sind beim Obergericht einzureichen.</p>
<p><b>§ 28</b> Kompetenzen</p> <p><sup>1</sup> Die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt, die Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte, die Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte, die Jugendanwältinnen oder Jugendanwälte haben in ihrem Zuständigkeitsbereich alle gesetzlichen Rechte und Pflichten, einschliesslich zur Sistierung oder Einstellung von Verfahren. Sie erlassen die Strafbefehle auch in Übertretungsstrafsachen. Sie sind berechtigt, im ganzen Kanton Amtshandlungen vorzunehmen.</p> <p><sup>2</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft regelt die Vertretung, die Berechtigung zur Anklageerhebung und Anklagevertretung sowie die Zuständigkeit, Rechtsmittel einzureichen oder zurückzuziehen.</p> <p><sup>3</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft kann gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaften und Jugendanwaltschaft Einsprache erheben.</p> <p><sup>4</sup> Der zuständigen Staatsanwaltschaft obliegt im Bereich der Strafrechtspflege das Inkasso und Rechnungswesen.</p>	<p><sup>3</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft kann gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaften und Jugendanwaltschaft Einsprache erheben.</p> <p><sup>4</sup> <del>Der zuständigen Staatsanwaltschaft obliegt im Bereich der Strafrechtspflege das Inkasso und Rechnungswesen. Sie ist für die Stundung, die Herabsetzung oder den Erlass von Verfahrenskosten zuständig.</del></p>
<p><b>§ 29</b> Wahlbehörde</p>	

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>1</sup> Der Regierungsrat wählt eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwalts, die Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte, die Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte und die Jugendanwältinnen oder Jugendanwälte.</p> <p><sup>2</sup> Die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt stellt in Absprache mit dem Personalamt die übrigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter an und regelt deren Funktionen.</p>	<p><sup>1</sup> Der Regierungsrat wählt eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwalts, die Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte, die Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte, <u>die leitende Jugendanwältin oder den leitenden Jugendanwalt</u> und die Jugendanwältinnen oder Jugendanwälte.</p>
<p><b>§ 30</b> Organisation</p> <p><sup>1</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft wird durch eine Generalstaatsanwältin oder einen Generalstaatsanwalt geführt. Sie oder er trägt die Gesamtverantwortung für die Strafverfolgung gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen und erlässt die notwendigen Anordnungen.</p> <p><sup>2</sup> Die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt ist gegenüber den Staatsanwaltschaften und der Jugendanwaltschaft weisungsberechtigt, regelt Kompetenzkonflikte unter den Staatsanwaltschaften abschliessend und kann Änderungen in der Zuständigkeitsregelung vornehmen.</p> <p><sup>3</sup> Die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt sorgt für Einheitlichkeit in der Strafverfolgung und vertritt die Strafverfolgungsbehörden nach aussen.</p>	<p><sup>3</sup> Die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt sorgt für Einheitlichkeit in der Strafverfolgung und vertritt die <del>Strafverfolgungsbehörden</del> <u>Staatsanwaltschaft</u> nach aussen.</p>
<p><b>§ 31</b> Zuständigkeiten</p> <p><sup>1</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft behandelt interkantonale sowie internationale Gerichtsstandskonflikte. Sie ist zuständig für die internationale Rechtshilfe.</p> <p><sup>2</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft führt in der Regel die Strafuntersuchung bei Wirtschaftsstraftaten und organisierter Kriminalität.</p>	<p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>§ 33</b> Organisation, Zuständigkeit</p>	

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>1</sup> Die Jugendanwaltschaft wird durch eine Jugendanwältin oder einen Jugendanwalt geführt.</p> <p><sup>2</sup> Sie ist für die Strafverfolgung von Jugendlichen im ganzen Kanton zuständig.</p> <p><sup>3</sup> Sie ist Untersuchungsbehörde im Sinne der JStPO und erhebt Anklage vor den Jugendgerichten.</p>	<p><sup>1</sup> Die Jugendanwaltschaft wird durch eine <u>leitende</u> Jugendanwältin oder einen <u>leitenden</u> Jugendanwalt geführt.</p> <p><sup>2</sup> Sie ist für die Strafverfolgung <u>und den Vollzug von Schutzmassnahmen und Strafen bei</u> Jugendlichen im ganzen Kanton zuständig.</p>
<p><b>§ 37</b> Durchsetzung richterlicher Anordnungen</p> <p><sup>1</sup> Die Zivilgerichte oder die Berechtigten können für Zwangsmassnahmen und Ersatzvornahmen zur Urteilsvollstreckung sowie für die Durchsetzung von Beweisanordnungen und vorsorglichen Massnahmen die Hilfe der zuständigen Staatsanwaltschaft beanspruchen.</p> <p><sup>2</sup> Geht es um Kinderbelange, kann das Gericht die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Aufenthaltsort der Kinder mit dem Vollzug beauftragen.</p>	<p><sup>1</sup> Die <u>Schlichtungsbehörden, die Zivilgerichte</u> oder die Berechtigten können für <u>die Zustellung von Vorladungen und Entscheiden, für Zwangsmassnahmen und Ersatzvornahmen zur Urteilsvollstreckung</u> sowie für die Durchsetzung von Beweisanordnungen und vorsorglichen Massnahmen die Hilfe der <u>zuständigen Staatsanwaltschaft</u> <del>Kantonspolizei</del> beanspruchen.</p>
	<p><b>§ 38a</b> Berufsmässige Vertretung</p> <p><sup>1</sup> Die berufsmässige Vertretung im Zivilprozess ist den nach dem Anwaltsgesetz des Bundes (BGFA)<sup>1)</sup> zugelassenen Anwältinnen und Anwälten vorbehalten. Patentierte Sachwalterinnen und Sachwalter sowie Rechtsagentinnen und Rechtsagenten oder andere gewerbsmässige Vertreterinnen oder Vertreter sind nicht zugelassen.</p> <p><sup>2</sup> Ausgenommen bleiben:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Vertretung in arbeits- und mietrechtlichen Verfahren durch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter einer Arbeitnehmerorganisation oder einer Organisation für Behinderte oder ähnlicher Institutionen mit weitgehend gemeinnütziger Ausrichtung</li></ol>

<sup>1)</sup> SR [935.61](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	2. die Vertretung durch Liegenschaftenverwaltungen in Mieterausweisungsverfahren.
	<b>§ 39a</b> Zeugeneinvernahme durch die Kantonspolizei  <sup>1</sup> Angehörige der Kantonspolizei können im Einzelfall und im Auftrag der Staatsanwaltschaft Zeuginnen und Zeugen einvernehmen.
<b>§ 40</b> Anzeigepflichten  <sup>1</sup> Behörden und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, denen im Amt eine schwerwiegende Straftat bekannt wird, sind zur Anzeige verpflichtet. Bei Kindsmisshandlungen ist statt der Anzeige die Benachrichtigung der zuständigen Fachstelle zulässig. Diese entscheidet, ob und zu welchem Zeitpunkt Anzeige erstattet wird.  <sup>2</sup> Die Angehörigen des Polizeikorps, mit Ausnahme jener, die in der Fachstelle für Häusliche Gewalt arbeiten, sind zur Anzeige aller Straftaten verpflichtet. Kindsmisshandlungen sind anzuzeigen oder der zuständigen Fachstelle zu melden.  <sup>3</sup> Weitergehende Anzeigepflichten aufgrund anderer Gesetze bleiben vorbehalten.	<b>§ 40</b> <u>Anzeigepflichten</u> <u>Anzeigepflicht und Anzeigerecht</u>  <sup>1</sup> <u>Behörden und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, des Kantons und der Gemeinden, denen im Amt eine schwerwiegende Straftat ein von Amtes wegen zu verfolgendes Verbrechen oder Vergehen bekannt wird, sind zur Anzeige verpflichtet. Bei Kindsmisshandlungen ist statt der Anzeige Die Anzeigepflicht entfällt für Personen, die Benachrichtigung nach den Artikeln 113 Absatz 1, 168, 169, 180 Absatz 1 der zuständigen Fachstelle zulässig. Diese Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)<sup>1)</sup> entscheidet, ob und zu welchem Zeitpunkt Anzeige erstattet wird. zur Aussage- oder Zeugnisverweigerung berechtigt sind.</u>  <sup>2</sup> <u>Die Angehörigen Behörden und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Polizeikorps, mit Ausnahme jener, die in Kantons und der Fachstelle für Häusliche Gewalt arbeiten, Gemeinden sind zur berechtigt, Anzeige aller Straftaten verpflichtet. Kindsmisshandlungen sind anzuzeigen oder der zuständigen Fachstelle zu meldenerstatten, wenn sie Kenntnis von einer von Amtes wegen zu verfolgenden strafbaren Handlung erhalten.</u>  <sup>3</sup> <u>Weitergehende Anzeigepflichten aufgrund anderer Gesetze bleiben vorbehalten Ärztinnen oder Ärzte, Zahnärztinnen oder Zahnärzte, Apothekerinnen oder Apotheker und Hebammen sind ohne Rücksicht auf die Bindung an das Berufsgeheimnis berechtigt, der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft Wahrnehmungen zu melden, die auf ein Verbrechen oder Vergehen gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen.</u>

<sup>1)</sup> SR [312.0](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>4</sup> Die Anzeigepflicht entfällt, wenn der Amtsperson im Strafverfahren gegen die Täterin oder den Täter gestützt auf die Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)<sup>1)</sup> ein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.</p>	<p><sup>4</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>§ 42</b> Mitteilung an eine Behörde</p> <p><sup>1</sup> Ergibt ein Strafverfahren, dass andere als strafrechtliche Massnahmen notwendig sind, ist den zuständigen Behörden Mitteilung zu machen.</p>	<p><sup>1</sup> Ergibt ein Strafverfahren, dass andere als strafrechtliche Massnahmen <del>notwendig sind</del> <u>in Frage kommen</u>, ist den zuständigen Behörden Mitteilung zu machen.</p>
	<p><b>§ 42a</b> Beschwerderecht der kantonalen Behörden</p> <p><sup>1</sup> Kantonale Behörden, die in ihrem Zuständigkeitsbereich Strafanzeige erstattet haben, können gegen Nichtanhandnahme- und Einstellungsentscheide Beschwerde erheben. Das vorgesetzte Departement ist über die Beschwerdeerhebung umgehend zu informieren.</p>
<p><b>§ 43</b> Rechte und Pflichten einer inhaftierten Person</p> <p><sup>1</sup> Die Rechte und Pflichten einer inhaftierten Person richten sich nach den Vorschriften des Konkordates der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat)<sup>2)</sup>, dem Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafrecht (EG StGB)<sup>3)</sup> und den Ausführungsbestimmungen über den Justizvollzug.</p> <p><sup>2</sup> Der vorzeitige Straf- oder Massnahmenvollzug bedarf der Zustimmung der Strafvollzugsbehörden.</p>	<p><sup>2</sup> Der vorzeitige <del>Straf- oder</del> Massnahmenvollzug bedarf der Zustimmung der Strafvollzugsbehörden.</p>
<p><b>§ 45</b> Nachträgliche Entscheide</p> <p><sup>1</sup> Nachträgliche Entscheide, die nach der StPO nicht der urteilenden Instanz zustehen, werden nach Massgabe der Bestimmungen über den Justizvollzug gefällt.</p>	<p><sup>1</sup> <del>Nachträgliche Entscheide, die nach der StPO nicht der urteilenden Instanz zustehen, werden nach Massgabe der Bestimmungen über den Justizvollzug gefällt</del> <u>Die Vollzugsbehörden beantragen spätere richterliche Vollzugsentscheide.</u></p>

1) [SR 312.0](#)

2) [341.1](#)

3) [311.1](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	<p><sup>2</sup> Anträge und Gesuche sind beim Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft einzureichen, das oder die die erstinstanzliche Strafe oder Massnahme ausgesprochen hat. Die Vollzugsbehörden und die Staatsanwaltschaft haben im Verfahren Parteistellung mit vollen Parteirechten gemäss Artikel 104 Absatz 2 StPO.</p> <p><sup>3</sup> Nichtrichterliche Vollzugsentscheide werden durch die Vollzugsbehörden erlassen.</p>
<p><b>§ 46</b> Beschlagnahmte Gegenstände</p> <p><sup>1</sup> Die zuständige Staatsanwaltschaft verwaltet beschlagnahmte Gegenstände nach den Weisungen der Generalstaatsanwaltschaft.</p> <p><sup>2</sup> Die Verwertung oder Vernichtung eingezogener Gegenstände erfolgt unter der Verantwortung der zuständigen Staatsanwaltschaft.</p>	<p><del><sup>1</sup> Die zuständige Staatsanwaltschaft verwaltet beschlagnahmte Verwaltung beschlagnahmter Gegenstände erfolgt nach den Weisungen der Generalstaatsanwaltschaft.</del></p>
<p><b>§ 47</b> Personenschutz</p> <p><sup>1</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft trifft die notwendigen Massnahmen zum Schutz von Personen ausserhalb eines Verfahrens.</p>	<p><b>§ 47 Aufgehoben.</b></p>
	<p><b>§ 50a</b> Kostenbeteiligung der Eltern</p> <p><sup>1</sup> Gegen die Festsetzung der Elternbeiträge an die Kosten der jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen und Beobachtungen gemäss Artikel 45 Absätze 5 und 6 JStPO kann innert 10 Tagen Einsprache bei der Jugendanwaltschaft erhoben werden.</p> <p><sup>2</sup> Aufgrund einer Einsprache hat die Jugendanwaltschaft ihre Anordnungen zu überprüfen und neu darüber zu entscheiden. Hält sie an ihren Anordnungen fest, überweist sie die Akten als Beschwerde dem Obergericht zur gerichtlichen Entscheidung.</p>
<p><b>§ 52</b> Vertretung des Staates bei Opferhilfe</p>	<p><b>§ 52 Aufgehoben.</b></p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>1</sup> Die Generalstaatsanwaltschaft vertritt unter Vorbehalt anderer Zuständigkeiten die Interessen des Staates nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG)<sup>1</sup>. Sie kann alle damit in Zusammenhang stehenden Anordnungen treffen und ihre Befugnisse delegieren.</p>	
<p><b>§ 53</b> Richterliche Zuständigkeit</p> <p><sup>1</sup> Das zuständige Strafgericht beurteilt Entschädigungs- und Genugtuungsansprüche gemäss Artikel 19 bis 23 OHG. Es ist zuständig für den Entscheid nach Artikel 73 Absatz 3 StGB. Ist in der Strafsache eine Staatsanwaltschaft oder die Jugendanwaltschaft zuständig, entscheidet die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Bezirksgerichtes.</p> <p><sup>2</sup> Über Ansprüche nach Artikel 21 OHG entscheidet die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Bezirksgerichtes nach den Bestimmungen über das summarische Verfahren gemäss ZPO.</p>	<p><sup>1</sup> Das zuständige Strafgericht beurteilt Entschädigungs- und Genugtuungsansprüche gemäss Artikel 19 bis 23 OHG. Es ist zuständig für den Entscheid <u>entscheidet über Anträge nach Artikel 73 Absatz 3 Artikel 73 StGB. Ist in der Strafsache eine Staatsanwaltschaft oder die Jugendanwaltschaft zuständig</u> <u>Zusprechung nicht schon im Strafurteil möglich</u>, entscheidet die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Bezirksgerichtes- <u>nach den Bestimmungen über das summarische Verfahren gemäss ZPO.</u></p> <p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>§ 54</b> Departementale Zuständigkeit</p> <p><sup>1</sup> Das zuständige Departement beurteilt Begehren um Soforthilfe und längerfristige Hilfe gemäss Artikel 13 OHG und entscheidet über die Geltendmachung von Rückgriffsforderungen gemäss Artikel 7 OHG.</p>	<p><sup>1</sup> Das zuständige Departement beurteilt Begehren um Soforthilfe und längerfristige Hilfe gemäss <u>Artikel 13 OHG Artikel 13 des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG)<sup>2</sup> sowie Entschädigungs- und Genugtuungsansprüche gemäss den Artikeln 19 bis 23 OHG. Es entscheidet über die Geltendmachung von Rückgriffsforderungen gemäss Artikel 7 Artikel 7 OHG.</u></p> <p><sup>2</sup> Das Departement kann mit auf Opferhilfe spezialisierten Beratungsstellen Leistungsvereinbarungen abschliessen.</p>
<p><b>§ 58</b> Konkursamt, Betreibungsinspektorat</p>	<p><b>§ 58</b> Konkursamt, Betreibungsinspektorat <u>Amt für Betreibungs- und Konkurswesen</u></p>

<sup>1</sup>) SR [312.5](#)

<sup>2</sup>) SR [312.5](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p><sup>1</sup> Das kantonale Konkursamt und Betreibungsinspektorat ist zuständig für die Durchführung der Konkurse. Die Amtsleiterin oder der Amtsleiter wird vom Regierungsrat nach Anhörung des Obergerichtes angestellt.</p>	<p><sup>1</sup> Das <del>kantonale Konkursamt</del> <u>Amt für Betreibungs- und Betreibungsinspektorat Konkurswesen</u> ist zuständig für die Durchführung der Konkurse. Die Amtsleiterin oder der Amtsleiter wird vom Regierungsrat nach Anhörung des Obergerichtes angestellt.</p>
	<p><b>§ 59a</b> Verfahren</p> <p><sup>1</sup> Für Beschwerden nach dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)<sup>2</sup> gelten die Bestimmungen über die Beschwerde gemäss der ZPO sinngemäss, soweit nicht das Bundesrecht Verfahrensvorschriften aufstellt.</p>
<p><b>§ 60</b> Nachlassgericht</p> <p><sup>1</sup> Die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter des Bezirksgerichtes sind unteres, das Obergericht oberes Nachlassgericht nach Artikel 293 bis 350 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)<sup>3</sup>.</p>	<p><sup>1</sup> Die Einzelrichterinnen oder Einzelrichter des Bezirksgerichtes sind unteres, das Obergericht oberes Nachlassgericht nach Artikel 293 bis 350 <del>des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)</del> <u>SchKG</u>.</p>
<p><b>§ 62</b> Neue Zuständigkeiten bei Strafuntersuchungen</p> <p><sup>1</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei den Bezirksämtern, dem Kantonalen Untersuchungsrichteramt und der Jugendanwaltschaft oder der Staatsanwaltschaft hängigen Verfahren werden von den nach diesem Gesetz zuständigen Behörden übernommen. Die Generalstaatsanwaltschaft regelt die Einzelheiten.</p> <p><sup>2</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes beim Präsidium der Anklagekammer hängigen Verfahren werden vom Zwangsmassnahmengericht weitergeführt.</p> <p><sup>3</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei der Anklagekammer hängigen Beschwerdeverfahren werden vom Obergericht weitergeführt.</p> <p><sup>4</sup> Bei der Anklagekammer pendente Entschädigungsbegehren werden dem zuständigen Bezirksgericht zugewiesen.</p>	<p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i></p> <p><sup>3</sup> <i>Aufgehoben.</i></p> <p><sup>4</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>

<sup>2)</sup> SR [281.1](#)

<sup>3)</sup> SR [281.1](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
	<p><b>§ 62a</b> Neue Zuständigkeiten im Bereich Opferhilfe</p> <p><sup>1</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei den Strafgerichten, der Staatsanwaltschaft oder der Jugendanwaltschaft hängigen Opferhilfverfahren werden von den bisher zuständigen Behörden bis zum rechtskräftigen Abschluss erledigt.</p>
<p><b>§ 65</b> Ausnahmen vom Wohnsitzerfordernis</p> <p><sup>1</sup> Der Regierungsrat kann befristete Ausnahmen vom Wohnsitzerfordernis gemäss § 4 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht<sup>1)</sup> bis längstens 1. Januar 2016 bewilligen.</p>	<p><b>§ 65 Aufgehoben.</b></p>
<p><b>§ 66</b> Ausnahmen betreffend Führung eines Betreibungsamtes</p> <p><sup>1</sup> Wird ein Betreibungsamt im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes nicht von der Friedensrichterin oder vom Friedensrichter geführt, ernennt der Regierungsrat die Betreibungsbeamtin oder den Betreibungsbeamten.</p> <p><sup>2</sup> Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Ausnahmen von § 57 Absatz 1 sind längstens bis 1. Januar 2016 befristet.</p> <p><sup>3</sup> Bei Rücktritt einer Friedensrichterin oder eines Friedensrichters vor Ablauf der Übergangsfrist gemäss Absatz 2 bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Übernahme der Führung des Betreibungsamtes.</p>	<p><b>§ 66 Aufgehoben.</b></p>
	<p><b>II.</b></p>
	<p><i>(keine Änderungen bisherigen Rechts)</i></p>
	<p><b>III.</b></p>
	<p><i>(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)</i></p>

<sup>1)</sup> [161.1](#)

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Entwurf des Regierungsrates</b>
	<b>IV.</b> Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.